

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 37 (1957-1958)
Heft: 2: Gegenwartsprobleme der Demokratie

Artikel: Die heutigen Auffassungen über die Demokratie in Europa und Amerika
Autor: Friedrich, Carl J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160670>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE HEUTIGEN AUFFASSUNGEN ÜBER DIE DEMOKRATIE IN EUROPA UND AMERIKA

VON CARL J. FRIEDRICH

Von dem Begriff der Demokratie gilt, vielleicht mehr als von irgendeinem anderen Begriff, das Dichterwort: «Mit Worten läßt sich's trefflich streiten...» Aber diese Vielzahl der Auffassungen ist in sich selber bezeichnend für die heutige Welt. Stalin und Hitler wollten ebenso sehr für sich in Anspruch nehmen, Demokraten zu sein und eine Demokratie zu führen, wie ein schlichter Schweizer Stadtvater oder ein amerikanischer Gewerkschaftssekretär. So kommt es denn, daß die wichtigste Alternative der Gegenwart, nämlich diejenige zwischen den totalitären und den konstitutionellen Staatsformen, im Begriff der Demokratie verschleiert oder zum mindesten vermenschlicht wird. So ist eine vor einiger Zeit von der UNESCO veranstaltete Bestandesaufnahme über die Demokratie, *Democracy in a World of Tensions* (ed. McKeon) durch diese Begriffsverwirrung charakterisiert.

Es scheint daher angebracht, von vornherein den Begriff der Volkdemokratie von unserer Betrachtung auszuschließen. Mit anderen Worten, wir wollen nur die Auffassungen in Westeuropa ins Auge fassen, nicht dagegen die heute in der Sowjetunion und ihren Satelliten vorherrschende Ansicht, daß eine totalitäre Parteiherrschaft als Demokratie deshalb anzusehen ist, weil man die Klassen abgeschafft hat, wie die in diesen Ländern vorherrschende Ideologie die revolutionäre Zusammenfassung aller wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Macht in der Hand einer kleinen Minderheit zu nennen beliebt. So hat Stalin in seiner großen Parteiwahlrede vom 6. Februar 1946 erklärt, daß nur die Sowjetunion eine «wirkliche» Demokratie sei, weil nur sie die Klassen beseitigt und die Herrschaft des Proletariats verwirklicht habe. Was diesen Ideologen totalitärer Herrschaftssysteme nicht klar ist, ist die Tatsache, daß sich jede Autokratie der Vergangenheit bemüht hat, sich als im Interesse der Allgemeinheit und als in diesem Sinne *für* das Volk unternommen zu legitimieren, insbesondere wenn eine solche Autokratie der Legitimierung durch Tradition ermangelte.

Genug von diesen Spitzfindigkeiten einer Dialektik, die sich in der Lehre des *Diamat* als nicht an die Gesetze der Logik gebundene Propaganda präsentiert. Denn auch im Bereich westlicher, rechtsstaatlicher Tradition gibt es hinreichend Gegensätze, was die Auffassungen vom Wesen der Demokratie angeht. Wollte man diese Gegensätze auf eine einfache geschichtlich bedeutsame Formel bringen, so könnte man sagen, daß in Europa (mit Ausnahme Englands) der Begriff der Demokratie

von Rousseau bestimmt ist, in England und Amerika dagegen von Locke und Montesquieu. Aber ein derartiger Hinweis auf die Ideengeschichte ist nicht eindeutig, und es erweist sich bei näherer Betrachtung, daß man mit einer solchen Formel nicht voran kommt. Es ist überhaupt so, daß all die verschiedenen möglichen Auffassungen sowohl in Europa wie in Amerika vertreten sind, daß es sich also mehr um Akzentunterschiede als um einen klaren Kontrast handelt. Man könnte daher veranlaßt sein, zunächst in eine Untersuchung über die Typologie möglicher Auffassungen über die Demokratie einzutreten. Ich möchte dies aber vermeiden, damit die Untersuchung nicht zu abstrakt wird. Statt dessen scheint es mir angebracht, von der menschlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit auszugehen.

Die Auffassungen in Amerika

In Amerika hat sich die Demokratie aus der Lebenswirklichkeit traditionsferner Siedlergemeinschaften, also auf kulturellem Neuland, entwickelt. Diesen Vorgang hat Tocqueville aus lebendiger Anschauung beschrieben, und seine Darstellung gilt in Amerika als durchaus klassisch. Unbeschwert durch Feudalismus, Aristokratismus oder Staatskirchentum, war die amerikanische Revolution vielmehr das Aussprechen einer sich schon lange vorher anbahnenden Lebensform wie eine gewalttätige Beseitigung bestehender gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Das sind allbekannte Tatsachen. Weniger vertraut ist vielen Europäern die daraus sich entwickelnde neue Auffassung vom Menschen, die Amerika im Bilde des *common man* zusammengefaßt und zum Symbol gemacht hat. Dieses Menschenbild hat natürlich auch Wandlungen durchgemacht, aber entscheidend war und ist an ihm der «Glaube an den Menschen in der Gemeinschaft», wenn ich es einmal so ausdrücken darf; denn der amerikanische Begriff «*common man*» ist ja so bodenständig, daß er sich in keine der anderen europäischen Sprachen übertragen läßt. Denn weder der «gemeine Mann» noch der «Mann auf der Straße» oder der Durchschnittsmensch, noch auch «jedermann» und was der sonstigen Möglichkeiten sein mögen, geben den breiten und tiefen Sinn- und Deutungsinhalt des amerikanischen *common man* wieder. Denn während es für den Amerikaner durchaus angemessen erscheint, einen so großen Führer, wie Abraham Lincoln, als *common man par excellence* zu bezeichnen, würden die eben genannten Ausdrücke auf Lincoln angewendet für europäisches Denken einen Widersinn, wenn nicht gar ein Paradox bedeuten.

Was ist denn nun der Sinn dieses Begriffs? Es ist zunächst wichtig, daß das Wort *common* nicht nur das gemeine, sondern vor allem auch

das gemeinschaftliche Wesen des Menschen aussprechen will. Das geht auf sehr alte englische Vorstellungen zurück, wie an dem «Haus der Gemeinen», dem House of Commons, deutlich zu erkennen ist, noch stärker aber in dem in England und Amerika durchaus vertrauten Begriff des *Commonwealth* sichtbar wird. Bekanntlich ist auch dieser kaum zu übersetzen; denn wenn ihm auch das deutsche Wort «Gemeinwesen» entspricht, so ist dieses doch in seiner Anwendung weitgehend auf die Lokalverwaltung eingeschränkt worden, und niemand spricht von dem Gemeinwesen der Nationen, wenn er das britische *Commonwealth of Nations* bezeichnen will. Der *common man* ist also nicht nur jedermann, sondern vor allem jedermann in seiner Beziehung zur Gemeinschaft. Dies bedeutet aber, daß jeder Mensch in seiner Beziehung zur Gemeinschaft neben seinem Sonderberuf, seinen speziellen Aufgaben und Leistungen auch noch ein Allgemeines zu berücksichtigen hat, das alle betrifft, und das sich dem Können und Wissen des Experten, des Kenners entzieht. An diesem Punkt ist eine Verwandtschaft zwischen dem *Common-Man*-Bild des Amerikaners und jener so viel diskutierten und umstrittenen Vorstellung Rousseaus von der *volonté générale* beachtenswert, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß der *common man* den Akzent auf das in der Gemeinschaft tätige Individuum legt, während die *volonté générale* ein Kollektivbewußtsein der Tätigkeit der Gemeinschaft unterschiebt. Und gerade dieser Gegensatz ist für ein Verständnis des Unterschieds zwischen amerikanischer und europäischer Auffassung von Demokratie von sehr weittragender Bedeutung. Aber bevor wir diese Seite der Frage näher untersuchen, sind noch einige weitere Gesichtspunkte zu betrachten, die für das Bild vom *common man* entscheidend sind.

Zur Zeit der Gründung der Vereinigten Staaten und noch lange danach wurde das Bild des *common man* vom Rationalismus der Aufklärung bestimmt. Insbesondere Denker wie Thomas Paine haben in Schriften, wie in seinem *Common Sense*, dieses Menschengebilde geprägt¹⁾. Es beruhte auf einer Überschätzung der rationalen Komponente im Menschen. Man erwartete von ihm eine Bereitschaft zu verstandesmäßiger Behandlung der ihm in den meisten Lebenslagen entgegertretenden Fragen und damit verbunden eine Gewilltheit zur Durchführung der sich aus solch rationaler Erwägung ergebenden Schlußfolgerungen. Dieses rationale Menschenbild haben moderne Psychologie und Sozio-

¹⁾ Paines *Common Sense* gehörte zu den meistgelesenen Schriften der amerikanischen Revolutionsepoche, und seine Rhetorik war in aller Munde. Siehe hierzu neben der Schrift selber vor allem V. L. Parrington, *Main Currents in American Thought*. Die Auffassung Paines und seiner Zeitgenossen habe ich einer kritischen Prüfung unterzogen in *The New Belief in the Common Man* (1941), wo auch sonst die im Text erörterte Frage ausführlicher behandelt ist.

logie untergraben und weitgehend zerstört, und zwar in Amerika fast ebenso sehr wie in Europa. Es klingt zwar immer wieder an, vor allem in der Rhetorik der nationalen Feiertage und in den Wahlreden beider Parteien, aber man handelt nicht mehr danach, und in den intellektuell führenden Schichten wird diese Auffassung heute nur noch belächelt. Gerade in diesen hat sich hieraus ein gewisser Unglaube an den *common man* entwickelt, aber die amerikanische Auffassung von der Demokratie beruht dennoch weiterhin auf einem Bilde vom *common man*, das nicht nur im *New Deal*, sondern auch in der Begeisterung für Ike Eisenhower ihren Ausdruck gefunden hat. Seines ehemaligen Rationalismus entkleidet, ist dies Zutrauen zum *common man* im Grunde ein Mißtrauen gegen Intellektuelle mit ihrer Neigung zur Elitenbildung. Dabei fehlt es in den USA gar nicht etwa an Elitenbildung, aber in diesen Eliten spielen die Intellektuellen eine untergeordnete und von ihnen selbst vielfach verschleierte Rolle. Außerdem sind die amerikanischen Eliten ungemein fluid und weitgehend funktionell bedingt. Da sich jeder Amerikaner außerhalb seines arbeitsteilig spezialisierten Tätigkeitsbereichs in das Gemeinschaftsleben einordnet, sich an ihm beteiligt, und somit selber ein *common man* ist, ganz gleich ob Harvard-Professor oder Schuhputzer — oder zum mindesten zugibt, daß er es tun und sein sollte —, so kann man sagen, daß in der Vorstellung des *common man* der Idealtypus eines guten Bürgers der amerikanischen Volksgemeinschaft zum Ausdruck kommt. Wobei nicht vergessen werden darf, daß trotz aller Enttäuschungen und Rückschläge auch heute noch weitgehend geglaubt wird, daß dieser *common man* nicht eine amerikanische Lebensform darstellt, sondern vielmehr überall in der Welt vorhanden sein könnte, wenn nur die Demokratie, die freiheitlich-verfassungsmäßige Volks- und Rechtsgemeinschaft verwirklicht wäre. Dem Bild vom *common man* entspricht ein Bild von der *world community*, der Gemeinschaft aller Menschen, die ein allen gemeinsames Weltbürgerrecht vereinigt.

Aber diese tief im amerikanischen Denken verwurzelte Hoffnung auf die Weltordnung, wie sie einst Woodrow Wilson so lebendig verkörperte, als er davon sprach, daß Amerika die Welt für die Demokratie sicher machen wolle (*to make the world safe for democracy*), ist seit dem zweiten Weltkrieg durch die Erfahrungen mit der Sowjetunion und mit den Besatzungs- und Kolonialproblemen stark erschüttert worden. Ich habe darüber in der Zeitschrift *Außenpolitik* jüngst eingehender berichtet. Diese Einbuße an «Glauben» an die weltverbessernde Kraft der demokratischen Idee hängt mit dem steigenden Skeptizismus hinsichtlich des *common man* zusammen. Der aufgeklärte Rationalismus ist durch moderne Psychologie und Soziologie, durch Freud und Marx (um nur die allerentscheidensten Einflüsse zu nennen) weit über die Schicht der großen amerikanischen Mittelklasse hinaus erschüttert. Man zollt ihm, wie gesagt, auch weiter vielfach Lippendienst, aber man handelt nicht

mehr danach. Die Behandlung der Neger und Indianer, schon immer die Achillesferse aller amerikanischen Rhetorik über die Demokratie, hat gerade im Verlauf der erheblichen Fortschritte, die erzielt worden sind, den amerikanischen Geist gezwungen, sich seiner Schranken deutlicher bewußt zu werden. Die heute sehr tätigen Organisationen der Neger insbesondere erinnern die amerikanische Öffentlichkeit immer wieder an diese großen Schwächen der amerikanischen demokratischen Ordnung — ein Eindruck, der durch die sehr hoch entwickelte literarische Gestaltung dieser Probleme (ich erinnere nur an Sherwood Anderson und William Faulkner) in seiner Breitenwirkung noch erheblich verstärkt wird.

Wenn daher heute der Glaube an den Menschen in der Gemeinschaft weiter seine Rolle spielt, so nur in einem beschränkteren Sinne. Nicht mehr die Unfehlbarkeit des *common man* wird beschworen, sondern vielmehr die Verständigkeit großer Kollektive und ihrer Meinungen. Nicht dieser oder jener Schuhputzer wird dem Experten gegenüber als «einsichtiger» angesehen, sondern die Vielzahl solcher vernünftiger Durchschnittsmenschen. Das ist übrigens eine Ansicht, die bereits Aristoteles zur Begründung seiner Anschauung, daß die gesamte Aktivbürgerschaft an Beratungen und Geschworenengerichten zu beteiligen sei, betont hat. Wichtiger noch ist die ausgesprochen *politische* Färbung des Begriffs vom *common man*; da sein Urteil ja nur für die Probleme der Gemeinschaft erforderlich ist, für die *common concerns*, so braucht man nicht vorauszusetzen, daß sein Urteil auch in Fragen des Geschmacks, der Wissenschaft, Kunst und Religion autoritative Bedeutung besitze.

Daneben ist für die amerikanische Auffassung von der Rolle des *common man* auch die Betonung der Verfassung als eines Grundgesetzes von entscheidender Bedeutung. Mehr noch als in der Schweiz, und jedenfalls im schroffsten Gegensatz zu anderen europäischen Ländern verbindet sich für den Amerikaner der Begriff von Demokratie mit dem einer grundgesetzlichen Ordnung und Beschränkung des Mehrheitswillens. Dahin gehört auch der stark betonte Verfassungsschutz der Freiheitsrechte. Wenn demgegenüber gelegentlich gesagt wird, daß ja diese Ordnung selber eine vom Volke geschaffene und von ihm laufend zu ändernde sei, so muß festgestellt werden, daß bei der großen Erschwerung der Verfassungsänderung ein so unerhört großer Propagandaapparat in Bewegung gesetzt werden muß, um diese qualifizierten Mehrheiten politisch zu aktivieren, daß auf kurze Sicht diese Ordnung als mehr oder weniger unveränderlich angesehen werden muß. Jedenfalls sieht sie der Amerikaner so. Das bedeutet aber, daß gerade auch diese Heiligung der überlieferten Ordnung, da sie ja von so gut wie allen Amerikaner, allen *common men*, anerkannt und bejaht wird, auf die positive Bewertung dieser *common men* zurückwirkt.

Die Auffassungen in Europa

Und hierin besteht nun, will mir scheinen, der eklatanteste Gegensatz zwischen europäischen und amerikanischen Auffassungen der Demokratie. In Europa, und insbesondere in Kontinentaleuropa, tritt der Verfassungsgedanke im demokratischen Denken ganz zurück gegenüber dem Mehrheitsgedanken. Diese Betonung des Mehrheitsgedankens ist, wie mir scheint, eng verknüpft mit der Tatsache, daß in Europa der Hauptträger der demokratischen Bewegung und des demokratischen Gedankens die Arbeiterschaft und insbesondere die organisierte Arbeiterschaft gewesen ist und ist. Das gilt selbstverständlich weniger von der Schweiz, als von Frankreich, Italien oder gar Deutschland. Aber auch in der Schweiz ist der radikal demokratische Appell vielfach von der Arbeiterschaft ausgegangen, wie in William E. Rappards bedeutendem Werk *L'Individu et l'Etat* deutlich wird. Zwar muß demgegenüber natürlich anerkannt werden, daß die «Ideen von 1789» in der Zeit der großen Revolution nicht nur das französische, sondern das gesamte europäische Bürgertum (mit Ausnahme Englands vielleicht) bewegt haben. Aber die Exzesse der Revolution haben dann zu der allbekannten Reaktion geführt, die das europäische Bürgertum wenn nicht konservativ, dann jedenfalls bewußt «liberal» werden ließ. Diese Wendung im Denken des Bürgertums wurde dann durch das Heraufkommen der klassenbewußten Arbeiterbewegung noch verstärkt und verhärtete sich durch den Einfluß so führender Denker wie Burckhardt, Nietzsche und Pareto, von den französischen Elitisten verschiedenster Richtung ganz zu schweigen. Auch im Neoliberalismus spielt daher die antidemokratische Komponente eine erhebliche Rolle, wie an Denkern vom Range Croces, Madariagas und Ortega y Gassets deutlich sein dürfte.

Eine durch Partei- und Klasseninteresse unterbaute Anschauung von der Demokratie besitzt notwendigerweise eine doktrinäre Schärfe, wie sie dem amerikanischen demokratischen Denken fern liegt. Zugleich bekommt der demokratische Gedanke in der Arbeiterbewegung und in der sozialistischen Partei eine ausgesprochen wirtschaftliche Nebenbedeutung. Für die große Mehrzahl der europäischen Demokraten sind daher Vorstellungen von wirtschaftlicher Gleichstellung, selbst wenn sie nicht soweit gehen wie etwa das Mitbestimmungsrecht in Deutschland, von erheblichem Gewicht. Neben Sozialversicherung und Gewerkschaftsrechten treten die Rechte des einzelnen, und insbesondere das Recht auf sein Eigentum in den Hintergrund. Man läßt sie natürlich nicht fallen; aber da solche Rechte des einzelnen immer auch die Möglichkeit für die Minderheiten bieten, sich der Mehrheit gegenüber zur Wehr zu setzen, so möchte man sie eigentlich immer nur «im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung», will sagen als vom Mehrheitswillen abhängig gelten lassen. Hierfür ist die Verfassung der Weimarer Republik, die diese europäischen

Vorstellungen von der Demokratie vielleicht am radikalsten zum Ausdruck gebracht hat, sehr bezeichnend. Aber auch die Verfassung des heutigen Italien ist ähnlich konzipiert, während sich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, wohl unter dem Eindruck der Hitlerdiktatur und des amerikanischen Vorbilds, etwas im Sinne amerikanischer Gedanken gewandelt hat.

[Diese Tendenzen und Strebungen haben durch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung noch sehr an Prägnanz gewonnen. Die bekannten «Bekennnisse» ehemaliger Kommunisten legen davon beredtes Zeugnis ab. Im übrigen ist dieser dialektische Prozeß auch weiter voll im Gange, insbesondere seit dem Aufstand in Ungarn, der ähnlich wie seinerzeit der Hitler-Stalin-Pakt die antidemokratische und die undemokratische Wirklichkeit in den Satellitenstaaten (wie in der Sowjetunion), trotz allen lauten Bekenntnissen zur Demokratie, wieder verdeutlicht hat. Denn antidemokratisches und undemokratisches Denken sind nicht dasselbe, obwohl sie oft ineinander übergehen. Die gewaltsame Unterdrückung freiheitlicher Bestrebungen in einem Großteil der Bevölkerung, wie sie sich in Ungarn und zuvor in Ostdeutschland abgespielt hat, ist erst Zeugnis einer in der Tat antidemokratischen Tendenz. Damit nicht zu verwechseln sind Vorgänge wie die jüngsthin in Deutschland erfolgte Ächtung der kommunistischen Partei als verfassungsschädlich; aber eine Herausarbeitung dieses entscheidend wichtigen Unterschiedes würde hier zu weit führen. Daß sich die Demokratie nicht hilflos denen zu überantworten braucht, welche die von ihr gepflegten Freiheiten dazu mißbrauchen wollen, sie selber zu zerstören, wird heute ziemlich allgemein anerkannt und gehört zum demokratischen Begriff in Europa wie in Amerika. Immerhin ist es mißlich, daß bei der Schwierigkeit der hierbei zur Diskussion stehenden Fragenkomplexe für die kommunistische und faschistische Demagogie immer wieder wichtige Argumente anfallen. Im Hinblick auf das bisher Gesagte wird es daher nicht mehr wundernehmen, wenn die deutsche Sozialdemokratie gegen diese Ächtung neben anderen Erwägungen auch die Verletzung des demokratischen Gedankens zur Diskussion stellte.

Wichtiger ist, daß die Parteidoktrin der kommunistischen Bewegung durch ständige Betonung der wirtschaftlichen Komponente im demokratischen Gedanken auch die Sozialdemokratie zu ihrer Betonung zwingt. Das Fehlen dieses Elementes in der amerikanischen Politik darf nicht unterschätzt werden. Gerade etwa die englische Labour-Partei, die sonst vielleicht den amerikanischen demokratischen Auffassungen am nächsten steht, befindet sich in bezug auf diese wirtschaftliche Seite in schärfstem Gegensatz zu amerikanischem Denken. Für letzteres bedeutet Demokratie immer noch freien Wettbewerb, freie Initiative, freies Privateigentum. Für die Labour-Partei dagegen sind diese Vorstellungen mit einer «wahren» Demokratie kaum vereinbar.

Die zukünftige Entwicklung

Wie steht es nun mit der zukünftigen Entwicklung? Wir haben bisher den gegenwärtigen Stand, mit kurzen Andeutungen zur geschichtlichen Vergangenheit, dargestellt. Bewegen sich europäische und amerikanische Auffassungen aufeinander zu oder voneinander weg? Ich glaube, sie nähern sich einander in steigendem Maße. Denn einerseits haben die Amerikaner, insbesondere seit dem *New Deal*, immer stärker auch die wirtschaftliche Wirklichkeit in den Bereich ihres demokratischen Ethos gezogen. Es ist wiederholt festgestellt worden, daß die Amerikaner, bei aller Ablehnung des Sozialismus als Doktrin, doch vielfach in ihrer Innenpolitik eine immer betonter kollektivistische Linie verfolgen. Nicht nur die großen Sozialversicherungen, die in den dreißiger Jahren geschaffen worden sind, sondern auch viele andere Maßnahmen einschließlich großangelegter Planung auf staatlicher wie auf bundesstaatlicher Ebene zeigen, daß Amerika heute anerkennt, daß man die Wirtschaft von der Herrschaft demokratischer Ideale nicht ausschließen kann. Und wenn es auch gewiß noch keine Anerkennung des Mitbestimmungsrechts auf öffentlicher Basis gibt, so finden wir doch schon vielfach private Ansätze zu einer solchen Praxis. Darüber hinaus ist zu beachten, wie sehr die Beziehungen zwischen Kapital, Management (Betriebsführung) und organisierter Arbeiterschaft an Bedeutung gewonnen haben, was bekanntlich seinen Niederschlag in einer besonderen Gesetzgebung gefunden hat.

Auf der anderen Seite macht sich, insbesondere im Hinblick auf die totalitäre Praxis und die Erfahrung mit dem Sowjetkommunismus, in Europa eine stärkere Hervorhebung gerade *der* Seiten der Demokratie geltend, die für die amerikanische Auffassung charakteristisch sind. Nicht nur der Verfassungsgedanke allgemein, sondern insbesondere die Vorstellung von fast wieder naturrechtlich begründeten Grundrechten spielt eine Rolle in der europäischen Auffassung. Zu den wenigen wirklichen «Leistungen» des Europarates gehört bezeichnenderweise eine für ganz Europa gültige Charta von Grundrechten. Ihre richterliche Geltendmachung läuft an, wie ja auch in Italien und der Bundesrepublik. Das sind Anzeichen für eine klarere Erkenntnis der amerikanischen Auffassung von Demokratie. Und wenn wir in Amerika eine Mäßigung der Erwartungen, die man an den *common man* stellt, beobachten können, so andererseits in Europa eine zunehmende (wenn auch immer noch sehr beschränkte) Anerkennung seiner Rolle im demokratischen Staatsleben. Das möchte ich besonders in den Bemühungen um den Ausbau der Lokalverwaltung, in Entwicklungen wie der italienischen *Comunità*-Bewegung und in der zunehmenden inneren Demokratisierung der Arbeiterbewegung sehen. Vorstellungen wie die von dem «ehernen Gesetz der Oligarchie», wie sie ein Roberto Michels im Hinblick auf die internen Verhältnisse der deutschen Sozialdemokratie zur Zeit «Kaiser» Babels

einst formulierte, halten einer Probe im Hinblick auf die heutige Wirklichkeit nur sehr beschränkt stand. Das größte Hindernis aber auf dem Wege zu einem nüchternen Verständnis für die Rolle des *common man* ist weiterhin in Europa das altüberlieferte Elitebewußtsein der Intellektuellen, die nur wenn sie zum Kommunismus übergehen, bereit sind, das anzuerkennen, was einst einer ihrer Größten, Immanuel Kant, in bewegte Worte gefaßt hat, als er von dem Einfluß Rousseaus auf sein Denken berichtete. Erst durch ihn habe er gelernt, die menschliche Natur, will sagen den Menschen als Menschen zu achten, und er knüpft daran die Feststellung, daß er sich selber als sehr viel nutzloser als einen gewöhnlichen Arbeiter ansehen würde, wenn er nicht den Glauben besäße, daß sein Denken dazu führen könne, daß mit der Anerkennung des Wertes und der Würde aller Menschen auch ihre Menschenrechte gesichert würden. Das darf und soll nicht bedeuten (und hat es auch für Kant nicht bedeutet), daß der Wert geistiger Arbeit nicht anerkannt wird, im Gegenteil. Aber wenn es sich um die Beratung jener Willensentscheidungen handelt, von denen schon Aristoteles so klar erkannt hatte, daß sie im ungewissen Bereich zukünftiger Entwicklung liegen, dann hat jeder Aktivbürger nach amerikanischer Auffassung (und wohl auch nach Schweizer Überlieferung) ein gleiches Recht, eine gleiche Pflicht und ein annähernd gleiches Vermögen, bei ihrer Erstellung mitzuwirken.

Mit diesen Sätzen wiederhole ich oben bereits angedeutetes bewußt, um zu verdeutlichen, daß in dieser Anerkennung der Würde und der Fähigkeit eines jeden Menschen zur Gemeinschaft die wesentliche gemeinsame Wurzel amerikanischer und europäischer Auffassungen von der Demokratie begründet ist. Sie ist der Brennpunkt des «Glaubens an die Demokratie». Sie ist letzten Endes die säkulare Spiegelung einer Werthaltung, wie sie im Christentum begründet ist. Aber nicht nur im Christentum. Jede universale Erlösungsreligion, die sich an alle Menschen mit ihrer Heilsbotschaft wendet, muß letzten Endes an diese allen gemeinsame Würde, an ihre Gleichheit vor Gott glauben. Dieser dem größten Teil der Menschheit gemeinsame religiöse Urgrund gibt trotz aller Gegenströmungen und Widersprüche dem demokratischen Gedanken seine Weltbedeutung, in Europa, in Amerika und weit darüber hinaus.